

► In der letzten Ausgabe berichtete Forum **SOZIAL** über den Versuch des Jugendamtes und der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, Dagmar Szabados (SPD), über vier Millionen Euro per Dienstanweisung einzusparen, indem innerhalb von drei Wochen versucht werden sollte, mindestens 90 Prozent der 314 Kinder und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen zu entlassen. Nach deutlicher Kritik der örtlichen Träger und bundesweiter Medienschelte wurde nach 12 Wochen im November die Dienstanweisung durch eine neue ersetzt. Diese verweist jetzt nur noch auf die entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Gleichwohl lastet weiterhin der Druck auf die MitarbeiterInnen des Jugendamtes.

gendhilfeträgers „Jugendwerkstatt Frohe Zukunft“ und der „Stiftung evangelische Jugendhilfe St. Johannes (stejh)“.

Als Geschäftsführer der letztgenannten „stejh“ schafft es Roth aktuell wieder den Blick der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Angeblich nicht eingehaltene Zusagen des Kultusministeriums in Magdeburg in Höhe von 1,5 Millionen für eine Schulgründung und weitere Außenstände der öffentlichen Hand in Höhe von 1,2 Millionen Euro hätten dazu geführt, dass die Stiftung bei ihren über 500 MitarbeiterInnen die Nettozahlung des Weihnachtsgeldes habe einbehalten müssen; schätzungsweise eine Summe von 375 000,00 Euro. Erfahren haben die Mitarbeiter davon

Dieser hat eine Beschwerde beim Deutschen Presserat gegen Roth in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher der angesehenen und traditionsreichen Fachzeitschrift „Jugendhilfe“ eingereicht. Hier hatte er, wieder in Doppelfunktion, zusammen mit seinem Kollegen Klaus Appel über den von ihm übernommenen Beratungsprozess in Halle berichtet. Eine Mitarbeiterin des betroffenen Jugendamtes hat in einem Leserbrief an die Redaktion bemängelt, dass zum einen ein großer Teil des Artikels gar nicht von den Autoren stammt (sondern von ihnen wortwörtlich aus einem Arbeitspapier von MitarbeiterInnen übernommen worden war) und dass zum anderen die Auswirkungen der Beratung auf die Arbeit des

Das Jugendamt Halle und sein Berater Klaus Roth

Wilfried Nodes

Grundlage für die Sparvorhaben in Halle ist ein Konzept der Beratungsfirma „Start“, deren Geschäftsführer Klaus Roth ist. Dieses Konzept, das sich grob als ein Gemenge aus dem Vokabular von Sozialmanagement und stadtteilbezogener Sozialarbeit ohne wirkliche Praxisrelevanz darstellt, findet nach wie vor die ungeteilte Zustimmung aller Parteien in Halle. Vor allem SPD, die Grünen und „Die Linke“ bauen weiterhin auf Klaus Roth. So wird zurzeit überlegt, die bisher vom Jugendamt beauftragten Träger stationärer Einrichtungen ob ihrer Kritik an den Vorgängen nicht mehr zu berücksichtigen, sondern neue Träger zu suchen. Zugleich deuten sich neue Skandale rund um die Person des Beraters Roth an:

Klaus Roth selbst ist in Personalunion zugleich Berater der Stadt Halle und ihrer Oberbürgermeisterin, zudem ist er Gesellschafter der Firma „Soconic“, deren Hilfeplansoftware die Stadt Halle vor einigen Jahren erworben hat. Ferner ist er Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft START, Schriftleiter der Zeitschrift „Jugendhilfe“, Geschäftsführer des Halleschen Ju-

erst zwei Tage vor Weihnachten 2007. Trotz Zustimmung des Betriebsrats haben sich die 170 MitarbeiterInnen der Stiftung in Magdeburg gegen dies „Pflichtspende“ gewehrt. Sie und die Stadt Magdeburg verlangen die Auszahlung des Geldes an die MitarbeiterInnen oder die Rückführung in den kommunalen Haushalt. Denn schließlich habe es sich hier um einen zweckgebundenen Betriebszuschuss für Kindertageseinrichtungen gehandelt. Auch das Kultusministerium ist anderer Meinung, was die Finanzhilfe für die Schulgründung angeht. „Eine Zusage auf Fördermittel für die Schule habe es nie gegeben“, so das Ministerium in der „Magdeburger Volksstimme“ vom 23. Januar 2008.

Dagegen Klaus Roth: „Subventionstechnisch haben wir uns nichts zuschulden kommen lassen.“ Immerhin: Während die Mehrheit der MitarbeiterInnen ihr Weihnachtsgeld spendeten, hat die stejh im Januar die Weihnachtsgelder für die Magdeburger MitarbeiterInnen auszahlen lassen.

Weiteres Ungemach droht Klaus Roth nunmehr auch vom DBSH:

Weiteres Ungemach droht Klaus Roth nunmehr auch vom DBSH: Dieser hat eine Beschwerde beim Deutschen Presserat gegen Roth wegen des Verdachts der Verletzung des Presserkodex eingereicht.

Amts von den Autoren falsch dargestellt worden seien. Sie forderte die Redaktion auf, im Sinne einer fachlichen und fairen Berichterstattung den Leserbrief zu veröffentlichen. In einer Antwort lehnte die Redaktion dies ab (sie kündigte an, dass der Schriftleiter im nächsten Editorial darauf eingehen werde, was jedoch auch nicht geschah). Gleichzeitig gab Klaus Roth – ohne das Wissen der Mitarbeiterin – ihr Schreiben an ihren vorgesetzten Amtsleiter weiter, offenbar in der Absicht, dass dieser sie zur Rede stellt und rügt.

Dieses Vorgehen bestätigt auch der zweite Schriftleiter, Dieter Reuter-Spanier, der in diese Abläufe offenbar nicht einbezogen war. Ihn empörte die Tatsache, dass der Brief der Mitarbeiterin im vollen Bewusstsein möglicher dienstrechtlicher Konsequenzen von dem Verlag an die vorgesetzte Dienststelle weitergeleitet wurde, auf ausdrückliche Veranlassung von Klaus Roth.

Der DBSH hat nun den Deutschen Presserat gebeten zu prüfen, ob eine Verletzung des Presserkodex vorliegt und gegebenenfalls darauf zu reagieren. ■